

Der moralische Zeigefinger von Attac weist in die Irre!¹

(Zweite Stellungnahme)

Von
Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

6. März 2008

Text 59.2

Zu der Attac-Meldung vom 3. 3. 2008 in einem Verteiler der Bündnisgrünen:

Betreff: [attac-d-presse] Steuerskandal:
Erklärung der Wissenschaftlichen Beiräte
von Attac Deutschland und Frankreich
„Die Lunte am neoliberalen Pulverfass?“

Nicht so sehr die neoliberale Ideologie ist ein Pulverfass, als vielmehr die Leistungsschwäche der Sozialwissenschaften, insbesondere der Ökonomie in deren Mitte diese Ideologie ja entstanden ist. Diese Aussage ist kein Versuch, die Sozialwissenschaftler herabzusetzen - soweit ich sie kennen gelernt habe, waren sie meistens honorige, aufgeschlossene Zeitgenossen und auch keine einheitliche Gruppierung, die „in Reihen fest geschlossen“ marschiert. So wichtig auch oppositionelle oder von Schulen unabhängige Sozialwissenschaftler sind, das größere politische Gewicht scheinen die ewig Gestrigen zu haben. Wer sich für die ökonomischen Aspekte in der Geschichte interessiert, kann feststellen, daß die Kriege im vorigen Jahrhundert vor allem durch die Schwächen der ökonomischen Theorien verursacht wurde. Nicht die Mordlust der Deutschen hat die Nationalsozialisten an die Macht gebracht, sondern das ökonomische Elend, daß durch die elendige Verfassung der Sozialwissenschaften verursacht worden ist. So wie die Sozialwissenschaften insgesamt moralisch / intellektuell für die Fehllei-

1 Die erste Stellungnahme habe ich spontan als E-Mail nach Erhalt der Nachricht für meine Parteifreunde im OV Neustadt a. Rbge. geschrieben. In dieser zweiten Stellungnahme wende ich mich weniger an Parteimitglieder als vielmehr an Mitglieder von NOGs. Natürlich muß auch eine Organisation wie Attac auf politische Wirkungen setzen und achten. Es geht mir darum, daran zu erinnern, daß nach Paulo Freire (Pädagogik der Unterdrückten) die Aktion zum Aktionismus verkommt, wenn sie nicht von der Reflexion begleitet wird. Wenn die Aktion und Reflexion zusammen kommen, dann ist nach ihm das Wort = Handeln = Praxis. TA

tungen der speziellen und geteilten Wirtschaftswissenschaften mithaften müssen, so muß auch eine Gesellschaft für das Treiben und Unterlassen ihrer WissenschaftlerInnen insgesamt mithaften. Man kann darüber streiten, ob es richtig war, die Schuld der Deutschen als politisches Gestaltungsinstrument zu gebrauchen. Aber bei allen Schuldzuweisungen wird häufig übersehen, daß der Marxismus - als Befreiungsinstrument gedacht, aber als politisches Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument entwickelt - auch eine Erfindung von Deutschen ist, die mit wesentlicher Unterstützung einer deutschen Regierung in Rußland installiert wurde und weltweit in Sachen Inhumanität dem Nationalsozialismus Konkurrenz gemacht hat.² Wenn z. B. die SPD jedesmal Schiffbruch erlitten hat, wenn sie regiert hat, liegt dies meines Erachtens auch an der Schwäche der von den Sozialwissenschaften geprägten Theorie, die die SPD ihrer Politik unterlegt hat. Die Rebellion der APO und der Studentenschaft ist doch 1968 deshalb im Sande verlaufen, weil sie ökonomisch falsch programmiert war. Die Grünen haben ihre Rolle als Gesellschaftserneuerer nicht ausfüllen können, weil sich zu viele Mitglieder nicht vom Marxismus und vom Sozialdemokratismus lösen konnten. Warum muß alle paar Minuten ein Mensch an Hunger sterben oder durch Minen, Gewehre oder Bomben zum Krüppel werden? Sicher gibt es Machtstreben, auch Verschwörungen wird es geben, aber das wirkliche Problem ist, daß wir von Ideen - die durchaus miteinander konkurrieren - beherrscht werden, die uns bei unserem gesellschaftlichen Handeln in die Irre führen.

Wenn also eine Stellungnahme, ein Manifest etc. unterzeichnet wurde von einer Reihe Professoren, dann sollte dieser Autorität heischende Akt nicht höher bewertet werden, als wenn dieses Papier von einer Reihe Personen unterschrieben ist, die sich beruflich als Bäcker, Schlachter und Schlosser ausweisen. Erst die Prüfung des Inhaltes sollte einem zur Zustimmung oder Ablehnung von an die Öffentlichkeit gerichtete Aussagen bringen. Als nachteilig für die Wahrheitsfindung halte ich es auch, daß die Professoren als Beamte selten oder nur in gemildeter Form die Wirkungen ihrer Empfehlungen zu spüren bekommen. Ich denke, ich habe genug verdeutlicht, daß die Welt des Hochschulbetriebes genauso mit Problemen beladen ist wie die der nationalen Ökonomie und der Weltökonomie insgesamt. So lästig das auch ist, wer die Welt verbessern will, kann sich nicht auf dem Wissenschaftsbasar eine Theorie einkaufen und danach handeln, sondern die ausgesuchte oder neu entwickelte Theorie muß erst auf ihre Logik und auf die möglichen Auswirkungen bei ihrer Anwendung untersucht werden. Diese

2 Sebastian Haffner, Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. DER SPIEGEL; Nr. 50/ 10. 12. 07, Die gekaufte Revolution.

Theoriearbeit, die – wenn wir wirklich Demokraten sein wollen – nicht nur von Spezialisten geleistet werden kann, findet bei uns leider mit einem eingeschränkten Sichtfeld statt. Die Verteidigung von Ökonomieschulen oder das Denken in den Schranken von politischen Parteien verhindert die Ergiebigkeit von solchen Untersuchungen. Wenn Attac Bewußtseinsänderungen in den Gesellschaften hervorrufen will, um dadurch eine bessere Ökonomie zu ermöglichen, dann muß sie zuerst auf eine Erweiterung des Sichtfeldes der Diskutanten hinarbeiten.

Wenn wir wirklich bei der Entwicklung unserer Gesellschaft mit unseren Beiträgen zu einer Weltordnung weiterkommen wollen, müssen wir immer wieder fragen:

1. Wo kommen wir her? Wo sind wir? Wo wollen wir hin?
2. Wie weit müssen wir Egoisten und wie weit können wir Altruisten sein?
3. Was hatten wir? Was haben wir? Was wollen wir (für morgen)?
4. Wollen wir die Herrschaft von Wenigen oder wollen wir die Partizipation der Vielen an der Herrschaft (besser: die Herrschaft über sich selbst)?
5. Wollen wir die Befriedigung unserer Bedürfnisse zentral oder dezentral organisieren?
6. Welche Maßnahmen, Institutionen und Strukturen bedingen sich gegenseitig und welche schließen sich gegenseitig aus?
7. Haben wir bei der Maßnahme, Aktion und Institution, die wir planen auch alle drei Dimensionen unseres Handelns bedacht: die kulturelle, die rechtliche und die ökonomische?

Im Grunde geht es um eine Verfassungsarbeit, um die wir von unseren eigenen Verfassungsorganen betrogen wurden, die aber ein beträchtlicher Anteil einer jeder neuen Generation immer wieder leisten muß, wenn sich ihre Mitglieder berechtigt Demokraten nennen wollen.

Ohne eine klare Vorstellung von dem gesellschaftlichen Gesamtgefüge (der Systemordnung) wird man auch keine zufriedenstellende Antwort z. B. auf die Frage finden, wie denn eine Zentralbank optimal gestaltet werden muß.

Wenn ich mich richtig erinnere, war es der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Ernst Benda, der da sagte, daß das Grundgesetz keine bestimmte Wirtschaftsordnung vorschreibe. Das ist nach den Buchstaben sicher richtig. Wenn man aber bedenkt, daß wir nur die Wahl zwischen zwei reinen Formen der Wirtschaftsordnung haben, nämlich der Zentralverwaltungswirtschaft und der Verkehrswirtschaft und die Bedingungen beider Systeme bedenkt, dann stimmt die Aussage nicht mehr. Die Installation einer Zentralverwaltungswirtschaft (Kommandowirtschaft) bedingt nämlich die Aufhebung wesentlicher Verfassungsrechte. Das läßt sich theoretisch vielleicht noch verschleiern, in der Praxis wird es aber immer wieder of-

fenbar werden. Wenn wir also eine freie Gesellschaft mit Demokratie anstreben, dann bleibt uns nur die Wahl der Marktwirtschaft und wir müssen herausfinden, unter welchen Bedingungen diese zufriedenstellend funktionieren kann.

An diesem Punkt angekommen, kamen mir mit der Post drei Zeitschriften ins Haus:.

1. *Mehr Demokratie – Zeitschrift für direkte Demokratie* vom gleichnamigen Verein, der sich seit Jahren für die konsequente Einführung und praktikable Durchführung von Volksentscheiden einsetzt und zäh die Widerstände aus der Parteienherrschaft bekämpft.
(www.mehr-demokratie.de)
2. *Fairconomy für eine Welt mit Zukunft* von der INWO (Initiative für die Natürliche Wirtschaftsordnung) (www.INWO.de)
3. *HUMANWIRTSCHAFT* vom Förderverein-NWO e.V.
(www.zeitschrift-humanwirtschaft.de)

Die Akteure von Mehr Demokratie e.V. können ihren bisherigen Erfolg sicher darauf zurückführen, daß sie konsequent das eine Thema verfolgt haben, das auf ihrer Internetseite wie folgt beschrieben wird:

„Mehr Demokratie ist der Motor für Volksabstimmungen und ein besseres Wahlrecht. Jede Stimme zählt gleich und jeder Mensch hat das Recht, sich zu beteiligen. Dafür setzen wir uns ein. „

Eberhard O. Müller setzt sich in seinem Artikel über Publikationsstrategie von Mehr Demokratie e.V. in der Ausgabe 1/08 der Zeitschrift für direkte Demokratie für eine Öffnung der Themen ein. Dies halte ich ebenfalls für sinnvoll, denn ausgehend von der Interdependenz der Teilordnungen müssen wir nicht nur die zukünftige Gestalt unserer Ökonomie diskutieren, sondern auch die unseres Staates, der ja den rechtlichen Rahmen für die Gesellschaft der Freien abgeben soll. Und dabei geht es nicht nur um die direkte Demokratie als belebendes und korrigierendes Element zur Stellvertreterdemokratie, sondern auch um die Durchsetzung des (stellvertretenden) Kinderstimmrechtes, eine konsequente Gewaltenteilung, ein besseres Selektionssystem für die Stellvertreter-Demokraten, die Einschränkung der Parteien- und Verbändemacht, um Schutzzonen von Individuen vor Mehrheitsentscheidungen. Auch die Mehrheitsdemokratie kann diktatorische Züge haben. (Siehe Kohr: *Weniger Staat – Gegen die*

Übergriffe der Obrigkeit, 1965) Es geht aber auch um die *Parlamente der Betroffenen*, die die Grünen in ihrer Gründungszeit diskutiert haben, sich aber nur im privatrechtlichen Rahmen durchsetzen lassen. Bei diesem Thema verweise ich gerne auf ***Föderalismus – Die demokratische Alternative***, eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativen Freiheitsbegriff von Karl Hahn, 1975. Bei all dem Bemühen – sofern wir unsere gesellschaftliche Trägheit überwinden - mag dann eine ***Revolution der Demokratie*** herauskommen, so lautet ein Buchtitel von Johannes Heinrichs aus dem Jahr 2003. Ein anderer Buchtitel von ihm: ***Sprung aus dem Teufelskreis (Sozialethische Wirtschaftstheorie)*** ist dann die Überleitung zu den nachfolgenden Berichten, Zitaten und Überlegungen.

Auch die Ausgabe Nr. 1 vom März 2008 der Zeitschrift *Fairconomy* macht deutlich, daß Organisationen wie Attac weniger Ergänzungsaufgaben zum staatlichen Handeln übernommen haben, sondern die Notwendigkeit von Korrekturen im innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Handeln deutlich machen. Und manchmal entsteht auch aus der Kritik an staatlicher Politik eine vorübergehende oder dauerhafte gesellschaftlich Selbsthilfe. Aber Schriftsteller wagen sich auch an die Themen, die so viel Unbehagen auslösen. Jens Hakenes stellt das Buch *DAS TAHITI-PROJEKT* von Dirk C. Fleck vor. „Die sozialen Gegensätze werden immer größer, der Kampf um die letzten Ressourcen immer skrupelloser, aber ein Projekt am anderen Ende der Welt (inklusive neuer Geld- und Bodenordnung) macht der Menschheit Hoffnung.“ (S. 3) (www.INWO.de/Tahiti)

Dann ein Bericht über *Moderne Verrechnungssysteme als Mittel gegen die Finanzkrise* von Norbert Rost. (www.regionales-wirtschaften.de) Es folgt: *Genossenschaftsgeldkreisläufe statt globale Finanzspiele* von Hermann Schmauder (S. 6 f.) Auf Seite 8 und 9 wird über eine weitere Hilfs- und Forschungsorganisation berichtet: „Was ist Stroh? Stroh steht für 'Social Trade Organization', was sich mit 'Organisation für sozialen Handel' übersetzen läßt. Sie ist eine Forschungs und Entwicklungseinrichtung, die seit ihrer Gründung 1970 die Möglichkeiten einer umweltfreundlicheren und sozialverträglicheren Gesellschaft erforscht. Seit 15 Jahren ist sie bemüht, die Theorie auch in die Praxis umzusetzen, ...“

Danach erfährt man, daß sogar der Staatssekretär Kasparick an einer Tagung über Solidarische Ökonomie in Dessau teilnahm.(www.dessau-ag.de)

Auch ist mir noch die Stichwortkombination „Marxismus und Freiwirtschaft“ in einem Bericht über den Besuch des berliner Professors für Volkswirtschaftslehre Bernd Senf in der Schweiz wichtig. Senf versucht Marx und Gesell zusammenzudenken. Da es bei all unseren Versuchen ja nicht um das Rechthaben einer Ökonomieschule geht, sondern um die Verbesserung der konkreten Lebenssituationen der Menschen, sind solche Versuche – wenn sie klären und nicht verwirren – lobenswert.

oooooooo

In der Ausgabe vom 14. März 2008 erinnert die Hannoversche Allgemeine Zeitung mit verschiedenen Beiträgen eine ganze Seite zum 125. Todestag an Karl Marx. Die Schlagzeile des Beitrages von Dirk Schmalzer aus der auch die nachfolgenden Auszüge stammen, lautet:

„Dieser Kopf ist eine Popikone“

Gestorben ist Karl Marx zwar vor 125 Jahren.
Doch er ist höchst präsent - nicht nur in der Popkultur
sondern auch in der Kritik am Kapitalismus.
Mausetot ist nur der dogmatische Marxismus.

... Trotz der Verbrechen, die in seinem Namen begangen wurden, gewinnt der Denker Marx 20 Jahre nach dem Zerfall des Ostblocks wieder an Sympathien. Wenn auch weniger durch seine Schriften; Abseits der immer noch ernsthaft geführten Spezialistendebatten über sein Werk haben sich der zauselige Bart, die stechenden Augen und der Drang nach Weltverbesserung zur weltweiten Marke gemausert.

„Karl Marx ist nicht totzukriegen. Seinen Kopf kennt man überall in der Welt. So wie sonst nur Coca-Cola“, sagt Filmemacher Jaeger. ...

... Zwar kennen die Käufer kaum sein Werk. Aber nach Einschätzung Jaegers verbinden alle eine Grundaussage mit ihm: „Er steht für den Glauben daran, dass man die Welt besser machen kann, anstatt bestimmte Dinge als gegeben anzusehen.“ Eine Botschaft, die in ihrer Unbestimmtheit für Revolutionäre wie Managerseminare gleichermaßen taugt. ...

Die Zuschauer des ZDF, nicht gerade eine Schule des Marxismus, wählten bei drei Millionen abgegebenen Stimmen den bärtigen Mann in der Sendung „Unsere Besten“ unter die drei „größten Deutschen“ - vor ihm landeten nur Konrad Adenauer und Martin Luther. ...

... Die Leiterin des Museums und Studienzentrums Karl-Marx-Haus in Trier, Beatrix Bouvier, glaubt, dass viele Menschen die Ideen von Marx heute mit Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit verbinden - ohne freilich Marxisten zu sein. „Wir sehen Ungerechtigkeiten, und schon kommt Marx wie ein Stehaufmännchen. ...

Und unter der Schlagzeile „Marx-Lob vom Kommunismus-Kritiker“ mit dap/das gezeichneten Beitrag heißt es zu Wolfgang Leonhard:

... Marx aber ist in den Augen des renomierten Kommunismusforschers und Schriftstellers („Die Revolution entlässt ihre Kinder“) „noch nie so lebendig wie heute“ gewesen. Das Leben in Deutschland sei eine exakte Illustration dessen, was der Philosoph und Ökonom vorhergesagt habe, ...

... Angesichts der Dominanz von Wirtschaftlichen Fragen werde die Politik in Deutschland zunehmend überflüssig, „wenn sie nicht endlich wieder langfristige Perspektiven aufweist“. ...

Es gebe keine Visionen und keine Perspektiven mehr, ein Theorieverlust“ mache sich bereit. „Das ist eine außerordentliche Verarmung, die mir Sorge bereitet“, warnt Leonhard. ...

Unter der Überschrift „Pilgerfahrt zum Helden der Chinesen“ ist von Gabi Stief zu lesen, daß die Besichtigung des Geburtshaus in Trier zum Pflichtprogramm chinesischer Touristen gehört.

Prof. Detlef Horster lehrt an der Leibnitz Universität Hannover Sozialphilosophie. Er schreibt auf der gleichen HAZ-Seite unter dem Titel „Marx – ganz fasziniert vom Kapital“ u.a.:

Fazit: Der Kapitalismus birgt in sich die ehernen Gesetze zur Selbsterhaltung und Reproduktion. Erstaunlich ist, dass Marx nach der Entdeckung der Unüberwindbarkeit des Kapitalismus wieder zum Revolutionsoptimismus zurückkehrte. Dass die Menschen die sie unterdrückenden Verhältnisse beseitigen könnten, hat er in den Tagen der Pariser Kommune im Jahre 1871 bekannt und in den Schriften und Adressen zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ niedergelegt. Diesen Widerspruch, den Marx nicht auflösen konnte, macht seine Tragik aus. Möglicherweise ist er daran zerbrochen. Er starb heute vor 125 Jahren im Londoner Exil. Gegenwärtig könnte er sehen, dass die von ihm aufgedeckten Gesetze der Ökonomie weiter wirken, ja, in ihrer globalen Ausweitung noch viel besser funktionieren; sein Revolutionsoptimismus hingegen hat weniger Nährboden denn je.

Unter den Freiwirtschaftlern hat es immer wieder solche gegeben, die sich auf Marx eingelassen haben. Auf meiner Internetseite findet man zum Beispiel den

[Text 56.10](#) (14 +1 Seiten / 1.499 KB)

von **Dr. P. Stanišić**, Marx oder Gesell?

(Ein Mahnruf an Karl Kautsky und die deutschen Sozialistenführer) 1924

Der nachfolgende Link führt zu der Schrift

Warum der Marxismus scheitern mußte

Widersprüche zwischen Mehrwerttheorie – Grundlage der realsozialistischen Versuche
und der Geldtheorie von Marx – Basis eines Sozialismus in Freiheit?

Von Georg Otto, 1991

<http://www.humanwirtschaftspartei.de/start.php?seitenid=70001000&langid=1&inford=23>

Siehe auch:

Gesell und Marx ! ? Teilaspekt: Überprüfung der marxischen Theorie
mit Hilfe von Literaturauszügen – Bahro, Ehrenberg, von Berg und Lexika -
Hinweise auf Keynes und Heinrichs
Tristan Abromeit / 1.- 5. September 2006
Text 40.0 und 40.1
www.tristan-abromeit.de

Vielleicht liegt der Widerstand gegen Freiwirtschaft darin, daß Silvio Gesell das wichtigste
unserer Zeit gelungen ist, was Marx versagt blieb: die Auflösung des Kapitalismus unter Bei-
behaltung eines dezentralen Wirtschaftssystems.

oooooooo

Zur Ausgabe 2/2008 der Zeitschrift *HUMANWIRTSCHAFT*:

„Man muss mit der Menschheit von vorn beginnen“

Bei dem Bericht von Werner Onken über Martin Luther King ist mir mal wieder die Frage ge-
kommen, warum trotz der Erfolge von Mahatma Gandhi und auch von M.L. King und bei al-
len negativen Erfahrungen mit dem Einsatz von gewaltsamen Protest und militärischen Mit-
teln nicht die gewaltlose Strategie zur Verteidigung von Rechten und der Befreiung von Be-
drückungen z. B. bei den Palästinensern und allen anderen bedrängten Gruppen und Völkern
nicht Fuß fassen kann. Daß das Anlage suchende Geld sich lieber dem Rüstungs- und Ausrüs-
tungsgeschäft mit überdurchschnittlichen Renditen zuwendet, versteht sich von selber. Aber
warum halten sich Politiker und Parteisprecher, aus deren Reden das Mitleid über die leiden-
den Menschen häufig nur so trieft, in dieser Frage so zurück?

*Eine grün-freiwirtschaftliche Stellungnahme zu einer Aktie-Meldung
Teil 2 / Seite - 8 - / JA / März 08*

Im 3. Teil einer Serie von Ilona Koglin und Marek Rohde unter dem Titel

„Für eine bessere Welt
Ein Nein und viele Jas – die globalisierungskritische Bewegung“
heißt es u. a.:

... Eine Veränderung, mit der weder die strammsten Globalisierungsbefürworter noch die Kritiker selbst gerechnet hätten: „Hätte man mir vor zehn Jahren gesagt, dass das neoliberale Projekt in eine Krise gerät, und dass es die WTO nicht schafft, dem globalen Süden ihre Utopie des freien Marktes aufzuzwingen - dann hätte ich gesagt: Du träumst! ... Der Lastwagen des Kapitalismus muss natürlich nicht nur wegen uns langsamer fahren, aber die Bewegung für eine alternative Globalisierung war ein wichtiger Teil“, meint John Jordon. Und wie es scheint, zieht die Bewegung ihre Kreise: Nicht nur in Deutschland verzeichnet Attac nach wie vor einen Anstieg der Mitgliederzahlen, im Gegensatz zu Parteien und Gewerkschaften. Auch in anderen Kontinenten steigt die Zahl derer, die sich - motiviert durch die internationale Unterstützung - zutrauen, die Gestaltung ihrer Umwelt wieder in die eigene Hand nehmen. „Das Weltsozialforum 2007 in Kenia hat nicht nur bei den Aktivisten im Land, sondern in ganz Afrika einen ziemlichen Aktionsschub hinterlassen“, erklärt Torsten Trotzki vom Weltsozialforum. ...

Bewegungen wachsen nur so lange, wie sie glaubhaft Hoffnungsträger sind, das heißt solange die Menschen glauben, daß die Bewegung eine Bedrohung abwehren, einen Mißstand ändern kann. Bewegungen können aber selber eine Gefahr und Bedrohung werden, wenn keine klare Analyse der Mißstände vorhanden ist oder eine vorhandene falsch oder untauglich ist. Der Nationalsozialismus und der Kommunismus – die ja auch als Bewegungen gestartet sind, bevor sie ein Herrschaftsinstrument wurden - sind dafür Beispiele. Aber Bewegungen können auch verpuffen – wie z.B. die grüne – oder wirkungslos bleiben – wie die Friedensbewegung -, wenn die Annahmen über die Ursachen der zu bekämpfenden Mißstände oder die Handlungsmuster zu deren Überwindung nicht stimmen. Es ist also keineswegs egal, was Attac anstrebt und wie sie es erreichen will.

In dem Beitrag von Koglin und Rohde werden die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus auch wieder als Synonyme verwendet. Die fatale Folge ist, daß gegen den freien Markt argumentiert wird, obwohl wir diesen benötigen, um offene Gesellschaften in der einen Welt und

den Ausgleich im Wohlstandsgefälle zu ermöglichen. Die Fragen, die hier gestellt werden müssen, sind: Welche Güter haben die Eigentumsfähigkeit, welche sind marktfähig und welche müssen nach einem anderen Prinzip als die des Wettbewerbes verteilt werden? Dann ist folgende Frage zu beantworten: Wie können wir mit marktwirtschaftskonformen Mittel die Quote des Kapitalertrages an den Volkswirtschaften zu Gunsten des Arbeitsertrages kontinuierlich soweit drücken, bis nur noch in der Zeit variable Reste übrig bleiben?

Jetzt ein Ausschnitt von dem Beitrag zur Friedensbewegung

„Der eigentliche Erfolg ist noch immer ausgeblieben“

Trotz wachsender Kriegsgefahren bröckelt 50 Jahre nach der Geburtsstunde
des Ostermarsches das Engagement für den Frieden

Von Pat Christ

... Die Feststellung, wie stark Geld und Krieg miteinander verquickt sind, erinnert an Karl Liebknechts 1907 getroffene Aussage: „Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten.“ Liebknecht war überzeugt, dass Militarismus und Kriegsgefahr nur beseitigt werden können, wenn der Imperialismus ökonomisch und politisch entmachtet wird. Mit ihm war auch Rosa Luxemburg zu der Erkenntnis gelangt, dass der Militarismus „für die Kapitalistenklasse ökonomisch die glänzendste, unersetzliche Anlageart wie gesellschaftlich und politisch die beste Stütze ihrer Klassenherrschaft bildet“. Beim Ostermarsch 2007 in Kassel schloss sich Nele Hirsch diesen Positionen an: „Militarismus und Krieg lassen sich immer auf eine kapitalistische Logik zurückführen.“ Dass Antimilitarismus deshalb mit einem Antikapitalismus, der sich gegen den immer dreisteren Sozialabbau wehrt, einhergehen muss, davon ist auch der 1996 gegründete Verein „Ostermarsch Leipzig“ überzeugt. Soziale Faktoren wie die arbeitsmarktpolitische Lage, erklärten die Vereinsmitglieder vor fünf Jahren in einem Interview, spielten bei der Militarisierung der Gesellschaft eine große Rolle - zum Beispiel das „massive Eindringen der Bundeswehr in den zivilen Bereich“: „Mit einer geringeren Arbeitslosenquote würde es wahrscheinlich keine Demonstrationen für den Erhalt von Bundeswehrstandorten geben. Diese enorm hohe Arbeitslosenquote ist also sehr nützlich und soll auch nicht wirklich

verringert werden."

Nicht jeder Friedensbewegte ist jedoch antikapitalistisch, nicht einmal jeder „explizit antimilitaristisch“ eingestellt, so Tobias Pflüger, Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung. Der Europaabgeordnete, der vor wenigen Wochen die immens angestiegenen deutschen Rüstungsexporte kritisierte, wünscht sich seit Jahren, dass die (wachsende) Antiglobalisierungs- und die (schrumpfende) Friedensbewegung stärker zusammenarbeiten: „Friedensbewegte können lernen von der Kritik am Einfluss von Geld und Kapital in der Welt, wie sie von der Antiglobalisierungsbewegung artikuliert wird. Und Menschen der Antiglobalisierungsbewegung können lernen von der Friedensbewegung, wenn dort zum Beispiel fundierte Kritik an Militär und Kriegspolitik geübt wird.“

Stellt sich die Frage, welchen Anteil diese Kritik an einer Entwicklung hin zum friedvolleren Miteinander hat. Für Dieter Lachenmayer, Sprecher des Friedensnetzes Baden-Württemberg, ist es vor allem den Ostermärschen der 1980er Jahre zu verdanken, „dass der damalige Versuch, den Atomkrieg zu ermöglichen, gescheitert ist. Die Raketenstartrampen in Heilbronn, in Mutlangen, in Neu Ulm mussten wieder abgebaut werden.“ Bei seiner Ostermarschrede 2001 in Stuttgart gab der Friedensaktivist jedoch gleichzeitig zu, dass nach damals 43 Jahren Ostermarschbewegung der „eigentliche Erfolg“ noch immer ausgeblieben ist: Die Umkehr der Politik zum Prinzip des Friedens. Eine Politik der Abrüstung und der Friedenssicherung ohne Waffen. ...

Es ist wohl so, daß keine Bewegung in Bezug auf die Probleme-Einschätzung und deren Lösungen einen einheitlichen Block bildet. Mein Eindruck – der durch jahrzehntelange gedankliche Begleitung der Friedensbewegung entstanden ist - ist aber der, daß die Friedensbewegten gerne den Menschen die Aggression als ihre natürliche Antriebskraft aberzogen hätten, anstatt zu überlegen, wie die Menschen ihre von Natur aus vorhandene Eigenschaft konstruktiv und friedensfördernd ausleben können. Soweit ich mich in die Literatur der Aggressionsforschung eingelese habe, hält diese den Wettbewerb zum nützlichen Ausleben der Aggression für unverzichtbar.

In Bezug auf die Ökonomie war die Friedensbewegung nach meinem Eindruck dominant zen-

tralverwaltungswirtschaftlich ausgerichtet, obwohl erkennbar war und ist, daß das marktwirtschaftliche System leistungsfähiger und freiheitsfördernd ist. Diese Grundhaltung hatte sicher mit der weit verbreiteten Marxismustheorie als Basis der Kapitalismuskritik zu tun und damit, daß es vielen Menschen offensichtlich leichter ist, sich eine Zentralverwaltungswirtschaft vorzustellen als eine Marktwirtschaft. Bei der ersten - vom realen Sozialismus probierten - Form der Wirtschaftsordnung kann das so genannte lineare Denken - von Punkt zu Punkt / Ursache - Wirkung - angewendet werden, beim Erfassen marktwirtschaftlicher Vorgänge ist das dynamische oder systemische Denken erforderlich. Unter <http://beat.doebe.li/bibliothek/w00104.html> habe ich Erläuterungen dazu gesehen.

Monopol Mammon Moralische von Michael Prüller

... Für Henry George ist damit auch das Rätsel erklärt, warum er etwa gerade im boomenden New York so bittere Armut sieht: Wo der Fortschritt dahinrast, wird Land rasch wertvoller - entweder als Bauland oder um die steigende Zahl von Menschen zu ernähren: gut für den, der Land besitzt, schlecht für alle, die zu arm sind, sich welches zu kaufen. Dagegen gäbe es aber ein Mittel:
Abschaffung aller bestehenden Steuern und dafür Einführung einer Einheitssteuer (single tax) auf Grundbesitz - bemessen am Wert des unverbesserten Bodens, damit niemand von Investitionen abgeschreckt wird. Damit will George zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen kämen Grund und Boden allen zugute, und zum zweiten fielen alle andern Abgaben weg, die die Menschen an der Entfaltung ihrer Arbeitskraft behinderten.

Denn George war kein herkömmlicher Sozialist, sondern ein echter Amerikaner: Er hasst Bevormundung und Zwang, er schätzt den Markt als ökonomisches Land der unbegrenzten Möglichkeiten und er hat nichts gegen Gewinnstreben. Die progressive Einkommenssteuer etwa lehnt er ab, weil sie „die Anstellung vieler mit inquisitorischen Befugnissen ausgerüsteten Beamten“ in sich schließt. Sie sei, weil sie zur Steuerhinterziehung anrege, eine demoralisierende „Prämie auf Gesinnungslosigkeit“
und vermindere den „Reiz zur Vermögensanhäufung, der eine der stärksten Kräfte des industriellen Fortschritts ist“. Nicht der Wettbewerb ist böse oder der Reichtum, sondern die den Wettbewerb behindernden leistungslosen Privilegien der Monopol-Rentiers. ...

Der Beitrag von Prüller über die Entstehungsgeschichte des Spieles Monopoly und der ur-

sprünglich dahinter stehenden Reformvorschläge von Henry George weist einmal auf die Verdrängung der weltweiten Bodenrechtsprobleme durch die Wirtschaftswissenschaften und die Wirtschaftspolitik hin, zum anderen ist der Hinweis auf die „Prämie auf Gesinnungslosigkeit“ mehr als nützlich, weil mit unbedachten Maßnahmen per Gesetz und hohen Steuersätzen statt Gerechtigkeit mehr Bürokratie, Unmoral und volle Gefängnisse geschaffen werden.

Zins ist nichts als schlichte Gier

15 Jahre forschte Karl-Heinz Brodbeck für sein neues Buch
„Die Herrschaft des Geldes“
Ein Bericht von Pat Christ

Nur ein Ausdruck passt nach Ansicht von Karl-Heinz Brodbeck für den Begriff „Zins“: Wucher. Warum, das begründet der Volkswirtschaftsprofessor ausführlich in seiner neuen Abhandlung „Die Herrschaft des Geldes“. Insgesamt 15 Jahre arbeitete Brodbeck an diesem Werk. Tausend Manuskriptseiten liegen nun vor. Noch in diesem Jahr, hofft der Wirtschaftsethiker, könnte das Buch erscheinen. Derzeit ist das Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac auf der Suche nach einem Verlag.

Oft werden aufgrund von Unverstand oder mit gezielter Desinformation Leute, die sich mit der Zinsproblematik befassen, als faschistisch oder antisemitisch denunziert. Möglich war das, weil die Nationalsozialisten das Thema Zins – wie viele andere Themen auch – zur Machtergreifung thematisiert haben und weil die Juden – von den christlichen Gesellschaften ins unehrenhafte Geldgeschäft gedrängt und dort über Jahrhunderte gehalten wurden - zu Unrecht als Verursacher der Geld- und Zinsprobleme hingestellt wurden. Anstatt die volkswirtschaftlichen Verwerfungen aufzuklären und die Übertragung von institutionellen Problemen auf Personen zu verhindern, wurde auch nach der Nazi-Zeit weiter Nebel als Schutzprogramm für den Kapitalismus produziert. Es wurden zu diesem Thema von der Wirtschaftswissenschaften (die auch keinen einheitlichen Block darstellen) in den vergangenen Jahrzehnten gigantische Fehlleistungen produziert. Das Merkwürdige am Thema ist die gleichzeitige Tabuisierung von Teilwirkungen des Zinses und die offene – meist sorgenvolle – tägliche Diskussion andere Aspekte des Zinses. Gunnar Heinsohn schrieb in „Neue Praxis – Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik“ Nr. 2/1984 unter dem Titel „Zins, Hexen, Habermas – Gesellschaftserklärung oder Wirklichkeitsverdrängung“ u. a.:

Wenn also über die Gesellschaft dicke Bücher geschrieben, vom Zins aber geschwiegen wird, so läßt sich das nicht aus mangelnder Intelligenz der Beteiligten erklären. Im Gegenteil, es bedarf überdurchschnittlicher geistiger Kompetenz, um die Art von Soziologie zu betreiben, für die Jürgen Habermas zweifellos das brillianteste Beispiel gibt.

Pat Christ berichtet also über ein doppelt erfreuliches Ereignis: a) daß Karl-Heinz Brodbeck als Professor für die Volkswirtschaftslehre über ein zentrales Problem der Ökonomie geforscht hat (was eben nicht selbstverständlich ist) und b) daß Brodbeck mit diesem Thema Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac sein kann.

Zinsen rauf - Zinsen runter

Vom Dilemma der Zentralbanken bei ihrer Leitzinspolitik
Von Helmut Creutz

„Die Leitzinsen haben sicher das höchste Niveau in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Sie waren aber auch noch nie so unwirksam wie heute.“

Professor Helmut Hesse,
ehem. Präsident der Landeszentralbank Niedersachsen, 1992

Helmut Creutz berührt hier ein zentrales Thema der modernen Wirtschaft, die durch Arbeitsteilung und Geldwirtschaft gekennzeichnet ist. Mit den Leitzinsen (Preis für den Geschäftsbanken überlassenes Zentralbankgeld) soll die Geldmenge und damit die Preisniveaustabilität gesteuert werden, aber gleichzeitig die Konjunktur gestützt werden. Bei der US-Notenbank der FED ist die Konjunkturstützung offizieller Auftrag, bei der EZB ein inoffizieller Versuch. Da die Konjunkturstützung und die Sicherung des Preisniveaus häufig entgegengesetzte Maßnahmen erfordern, ist die Notenbankpolitik mit den bisher eingesetzten Mitteln meistens ein Spagat. Wir können daher in den Zeitungen fast so häufig Meldungen über oder von der EZB hören, wie von der Börse. Zum Beispiel in der HAZ vom 7. 3. 2008:

EZB-Zinssenkung vom Tisch

Europas Notenbank besorgt über hohe Teuerungsraten

Die hohen Inflationsraten werden aus der Euro-Zone so schnell nicht wieder verschwinden. Eine Zinssenkung dürfte damit für die EZB vorerst kein Thema sein ...

Die Sorge der EZB ist dabei scheinheilig, denn ohne ihr Zutun kommt keine Teuerungsrate

(bezogen auf den Durchschnitt aller Preise) nicht zu Stande. Aber hält sie ihren Auftrag der Preisniveaustabilität ein, gerät sie (wie die Notenbank in Japan) schnell in den Bereich einer Deflation mit ihren massiven Krisenerscheinungen. Am 18. 3. 2008 ist im Leitartikel der HAZ von Klaus Dieter Oehler unter „Notoperation“ u.a. zu lesen:

Die Krise an den Finanzmärkten steuert auf einen neuen Höhepunkt zu.
Die renommierte Wall-Street-Investmentbank Bear Stearns wird zu einem Schleuderpreis an die Konkurrenz verkauft, um den Absturz zu verhindern.
Ein Hedgefonds, der immerhin über 20 Milliarden Dollar investiert hatte,
wird sang- und klanglos abgewickelt. ...

Die immer neuen Notoperationen, zu denen sich vor allem die amerikanische Notenbank Fed getrieben sieht, wirken hilflos. ...

Und die Europäische Zentralbank meint bislang, sie habe wenig Anlass, es den US-Währungshütern nachzutun und die Zinsen zu senken; sie verweist auf die nach wie vor großen Gefahren einer zu stark steigenden Inflation. ...

Prinzipiell ist es richtig, dass die US-Notenbank versucht, die Liquidität im Bankensystem zu erhalten. Aber ihr Spielraum wird immer kleiner, und die Notenbanken allein werden nicht in der Lage sein, die Krise zu bewältigen. ...

Es war unverantwortlich, in welchem Umfang viele Banken, nicht nur amerikanische Investmenthäuser, den international agierenden Spekulanten Geld in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt haben und ihre Risiken einfach solange weiterverkauft haben, bis niemand mehr einen Überblick hatte. ...

Es gilt jetzt, den Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern, auch wenn dabei noch einige Banken und Hedgefonds über die Wupper gehen. ...

Helmut Creutz schreibt in seinem bereits oben zitierten Beitrag dazu in Bezug auf die Vermögenskonzentration und Verschuldung:

Was wäre erforderlich?

...

Wenn überhaupt noch lösbar, sind auch hier die Zentralbanken gefordert. Denn sie sind in erster Linie jene Institutionen, welche die missbräuchlichen und zum Kollaps führenden Fehlkonstruktionen unseres monetären Systems korrigieren könnten. Sie müssten durch grundlegende Reformen dafür sorgen, dass das in Umlauf gegebene Geld gleichmäßig und stetig in Bewegung bleibt, auch

dann noch, wenn die Zinssätze, genau wie alle anderen Knappheitsgewinne in der Wirtschaft, mit den Sättigungen der Märkte gegen Null tendieren!

Die Mittel zur Auflösung der Kreislaufprobleme der Wirtschaft sind bekannt. Sie werden von der Politik und Wirtschaftswissenschaft (hier abnehmend) abgeblockt. Die Parteien haben sich als Transportschiene für dieses Wissen als untauglich erwiesen. Die nächste ökonomisch verursachte gesellschaftliche Katastrophe kann schneller kommen, als es gelingt, die Wissenschaftler zu überzeugen. Wir haben es heute mit einer ähnlichen Haltung der linken, liberalen und konservativen Demokraten zu tun, wie jene, die die Weimarer Republik zugrunde gerichtet und reif für den Nationalsozialismus gemacht hat. Darüber wird aber nicht gesprochen, wenn es um die Vergangenheitsbewältigung geht.

Wenn die Attac-Mitglieder wirklich etwas Großes leisten wollen, dann machen sie zu diesem Themenkomplex schlau und klären die Menschen unserer Gesellschaft und die der Welt über die Ursachen, Wirkungen und Auflösungen unserer Ökonomischen Probleme tiefer gehend als bisher auf.

Ich bin ja hier mit Hilfe von Aussagen anderer nur indirekt auf die Professoren-Stellungnahme von Attac eingegangen. In meinen Aussagen und in den Zitaten finden sich zu der Stellungnahme sicher Zu- und Widerspruch. Ich habe sozusagen als Freiwirtschaftler, Liberaler und Grüner argumentiert. Ich möchte die Perspektive etwas verschieben und zwar auf die des Acraten.

Von diesem Standpunkt aus habe ich den Eindruck, die wissenschaftlichen Beiräte haben im ökonomischen Bereich eine Mentalität wie die Innenminister im Sicherheitsbereich. So wie diese doch am liebsten allen Menschen nach der Geburt einen Chip implantieren lassen möchten, der es möglich macht, jederzeit Bewegungsprofile zu machen, ihre Aufenthaltsstandorte festzustellen und zu lauschen, was sie gerade sagen, so erwecken die Beiräte den Eindruck, als wollen sie gerne aus ökonomischen Gründen den gläsernen Menschen und eine Reihe von Zwangsmitteln, die helfen können, ihn zu kontrollieren und zu manipulieren. Mein Eindruck ist der, als solle der Mensch einem System angepaßt werden und nicht das System der Natur des Menschen. Es ist wie im untergegangenen real-existierenden Sozialismus: „Das System stimmt! Wir müssen nur noch die Menschen anpassen!“ Anstatt Schwarzarbeit, Schwarzgelder etc. als das Signal für Fehlkonstruktionen im System zu erkennen, wird über Maßnahmen zu Lasten der Bürgerfreiheiten nachgedacht, die den einzelnen noch mehr zum

Untertanen des Staates machen.

In der Stellungnahme heißt es: ...

...Alles dreht sich nur noch darum, Höchstrenditen für die Shareholder zu erzielen. Da kann es nicht überraschen, wenn die Nutznießer traumhafter Einkünfte auch noch versuchen, sich vor der Zahlung von Steuern zu drücken. ...

Aus marktwirtschaftlicher und sozialistischer Sicht sind Renditen, Zinsen etc. arbeitsloses Einkommen. Da die Marktwirtschaft ein dezentrales System des Leistungsaustausches ist, sind Renditen, wenn sie mehr als eine Restgröße darstellen, ein Angriff auf die Marktwirtschaft und der Zins – der aufgrund der Zeit beansprucht wird – ist aus ursprünglicher christlicher Sicht ein Eingriff in Gottes Recht, weil der allein über die Zeit verfügt. Wenn jetzt aber die Menschen aufgrund der Lehre, durch die Politik, über die Medien und auch aus den Kirchen beigebracht bekommen Kapitaleinkommen sei reguläres und ethisch einwandfreies Einkommen, dann stellt sich auch die Einstellung ein, dieses Einkommen sei ihr rechtmäßiges Eigentum, das sie auch gegenüber dem Staat schützen müssen. Ich schätze, daß es bei einer Steuerlast von 10% die Steueroasen verkümmern würden, daß es so gut wie keine Steuerhinterziehungen geben würde. Wir haben aber inzwischen einen Staatsapparat aufgebaut, der mit dem der Nazis und der SED in Bezug auf Bürokratie durchaus konkurrieren kann. Dieser Staat hebt mit seiner Steuerlast und den Zwangsabgaben für die Zwangssysteme der sozialen Sicherung – die einst zur Entmündigung der Arbeitnehmer gegründet wurden – aber praktisch die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes auf. Macht nichts, könnte man sagen, daß Grundgesetz hat ja nur eine Scheingültigkeit. Nur Eigentum ist eine wesentliche Voraussetzung für Gestaltungsfreiheit und für das marktwirtschaftliche System.

Also, so gesehen sind nicht die Steuerhinterzieher die Kriminellen sondern der Staat mit seinen hohen Steuersätzen ist der Kriminelle. Ganz egal unter welchem Zwangssystem die Menschen leben, wenn ihnen die Last zu schwer oder zu ungerecht erscheint, fangen sie legitim an, dieser Last auszuweichen. Wenn dieses Ausweichen nicht mehr möglich ist, kommt irgendwann die Rebellion.

Besonders dann, wenn hohe Renditen für persönlichen und unternehmerischen Erfolg stehen, kann man nicht erwarten, daß die Menschen freiwillig darauf verzichten. Wenn man sich hier eine andere Haltung der Wirtschaftsteilnehmer wünscht, dann muß a) über die Problematik von Kapitaleinkommen gesprochen werden – die ja immer zu Lasten des Arbeitseinkommens

gehen- und b) muß man institutionell etwas ändern, damit das eintreten kann, was Keynes den Tod des Rentiers nannte.

Ich gebe jetzt den Empfehlungskatalog der Beiräte wieder und schreibe meine Anmerkungen abschnittsweise in Times New Roman kursiv darunter:

„Was tun?

- Zuallererst sind die Steueroasen, die Teil der EU sind, unter Androhung von Sanktionen schlicht und einfach zu schließen – und zwar sofort.

Hier fehlen Angaben über die Maßnahmen, die mit unseren eigenen Werten und dem Völkerrecht vertretbar sind und nicht unterlaufen werden können.

- Notwendig ist zudem die Aufhebung des Bankgeheimnisses und die öffentliche Kontrolle des Zahlungsverkehrs, um Einblick in die Kapitalflüsse in die und aus den Steueroasen zu gewinnen und sie entsprechend kontrollieren zu können. Nur so bekommt eine Besteuerung der Transaktionen Sinn.

*Also brauchen wir doch eine neue StaSi – eine Finanz-StaSi?
Und weg mit den Bürgerrechten?*

- Diese Neuregelung muss mit einer Steuerharmonisierung in der EU einhergehen, die die Einkünfte aller natürlichen Personen und die Unternehmensgewinne umfasst. Entweder akzeptiert die EU eine kooperative Strategie, oder sie lässt Steuerdumping zu. Dies würde sie allerdings völlig unglaubwürdig machen.

Natürlich ist es wünschenswert, daß der Steuerdschungel gelichtet wird. Auch eine Steuerharmonisierung ist wünschenswert. Wer aber garantiert, daß aus dem Projekt am Ende nicht ein Zentralstaat wird und die Harmonisierung nach oben vorgenommen wird?

- Schließlich ist eine grundlegende Reorganisation des globalen Geld- und Finanzsystems unumgänglich. Dazu sind weltweite Kapitalverkehrskontrollen notwendige Voraussetzung, um zu verhindern, dass eine Krise die andere jagt.

*„Reorganisation“ hört sich toll an. Was ist aber genau gemeint?
„Kapitalverkehrskontrollen“: Haben wir nicht schon genug Bürokratismus in dieser Welt und wie sollen die Kontrollen bitte genau funktionieren?*

- Die Zentralbanken müssen demokratische Entscheidungen respektieren und

wieder zu öffentlichen Institutionen werden, die das Geld im Interesse der Mehrheit verwalten.

*Dieser Vorschlag ist ziemlich unpräzise sowohl in Bezug auf „demokratische Entscheidungen“ wie auch in Bezug auf „öffentliche Institutionen“.
Ich habe in meinem Brief vom Oktober 1989 unter dem Titel*

GLASNOST und PERESTROIKA in der WÄHRUNGSPOLITIK
an den Zentralbankrat u.a. folgendes geschrieben:

So wie die Dinge jetzt liegen, betreibt die Bundesbank Politik mit der Einwirkung auf das Leben jeden Bundesbürgers (und darüber hinaus), ohne daß sie eine demokratische Legitimation dazu hat und zwar - wie mir scheint - in einer rechtlichen Grauzone. Bei der unklaren gesetzlichen Aufgabenstellung der Bundesbank kommt es zu gegenseitigen Übergriffen in den jeweiligen Aufgabenbereich von Bundesregierung und Bundesbank und zwar bei Nichterreichung von ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen.

Um diesen rechtlichen, demokratischen Mißstand zu überwinden, sehe ich drei Lösungen:

A) Die Bundesbank wird mit einer erforderlichen Mehrheit des Bundestages (oder durch einen Volksentscheid) in den Rang einer vierten von den anderen unabhängigen Gewalt gehoben. Wobei die Organe dieser Gewalt (Direktorium und Zentralbankrat) nach demokratischen Regeln gewählt werden.

B) Die Bundesbank wird zu einem Ministerium der Bundesregierung umgestaltet. Der Notenbankpräsident wird zum Notenbankminister.

C) Die Bundesbank erhält den Charakter einer regierungsunabhängigen Behörde, die an klar definierte und langfristig geltende Regeln gebunden wird. Ihr wird kein Spielraum für politisches Gestalten nach eigenem Gutdünken zugestanden und sie wird der parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Die Erläuterungen zu A) bis C) findet man in meinem Text 5.0 auf meiner Internetseite.

- Zudem ist es an der Zeit, eine globale Steuerharmonisierung unter der Ägide der UNO in Angriff zu nehmen.

Das wäre eine Strategie zur Entmündigung der Mitgliedsstaaten der UNO.

Die neoliberale Politik führt nicht nur zu Betrugerei, sondern stellt auch die sozialen Sicherungssysteme in Frage: Was wird aus den sozialen Netzen wenn die Finanzindustrie sich ihrer bemächtigt? ...

„Finanzindustrie“ hört sich bedrohlich an. Aber die sozialen Sicherungssysteme stellen sich selber in Frage. a) wegen der Unfinanzierbarkeit. b) wegen des ungünstigen Verhältnisses zwischen Aufwand und Ertrag, c) wegen der Fremdbe-

stimmung eines wesentlichen Teils der Arbeitnehmerökonomie.

Dann ist zu sagen, daß es neben der „Finanzindustrie“ auch ein solides privatwirtschaftliches konventionelles Versicherungswesen gibt. Es spricht aber nichts dagegen, wenn die Arbeitnehmer selber mit oder ohne Gewerkschaften als Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit oder Kapitalgesellschaften ihr eigenes Sicherungsnetz stricken.

Das höhere Risiko des Inflationsverlustes entsteht nicht durch die privatrechtliche Organisation, sondern durch den Staat und seine Zentralbank.

Bei einem solchen Vorhaben darf die Arbeitnehmerschaft nur nicht den Fehler machen, den die Gewerkschaften mit den Gemeinwirtschaftsunternehmen gemacht haben. Mit einer Gemeinwirtschaft und der Selbstorganisation der Arbeit läßt sich der Kapitalismus nicht aushebeln.

- TA -